

Information gemäß Artikel 13 und 14 DSGVO für personenbezogene Datenverarbeitungstätigkeiten der Kanzlei KLEINJOHANN – Rechtsanwälte, Fachanwälte PartGmbB

Seit dem 25. Mai 2018 müssen die Vorgaben der europäischen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) angewendet werden. Die DSGVO regelt und vereinheitlicht den Umgang mit personenbezogenen Daten innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR). Wichtigstes Ziel dieser EU-Verordnung ist es, den Bürgerinnen und Bürgern einfache und wirksame Möglichkeiten in die Hand zu geben, um über die Verwendung Ihrer Daten die Kontrolle zu behalten.

Die Kanzlei KLEINJOHANN – Rechtsanwälte, Fachanwälte PartGmbB verarbeitet personenbezogene Daten. Personenbezogene Daten sind alle Daten, mit denen eine eindeutige persönliche Identifizierung einer natürlichen Person möglich ist. Mit der vorliegenden Mandanteninformation möchten wir Sie über Art, Umfang und die dazugehörigen rechtlichen Grundlagen informieren. Insbesondere der Umfang der Verarbeitung Ihrer Daten richtet sich vorrangig nach den mit uns vereinbarten Leistungen. Daher haben Sie nach Artikel 15 der DSGVO einen Auskunftsanspruch, in dem wir Sie über die bei uns verarbeiteten Daten informieren.

Wir wissen das in uns gesetzte Vertrauen sehr zu schätzen. Verschwiegenheit und angemessener Umgang mit Ihren persönlichen Daten sind für uns im Rahmen einer vertrauensvollen, partnerschaftlichen Zusammenarbeit selbstverständlich und sind fester Bestandteil unserer Leitlinie.

Name und Kontaktdaten des für die Verarbeitung Verantwortlichen

KLEINJOHANN – Rechtsanwälte, Fachanwälte PartGmbB (Partnerschaftsregister AG Hannover PR 201643), Partner: Dr. Stephan Kleinjohann, Dr. Dietmar Buschhaus, Dr. Jörg Rösing, Dr. Markus Thiele, Jan Thomas Ockershausen, Franziska Golder und Dr. Justus Bartelt

Götzenbreite 4
37124 Rosdorf

Tel.: 0551 - 900 33 50
Fax: 0551 - 900 33 555

E-Mail: kontakt@ra-kleinjohann.de

Datenschutzbeauftragter

Wir haben für unsere Kanzlei einen Datenschutzbeauftragten bestellt. Sie können Herrn Quade telefonisch und per E-Mail erreichen:

Matthias Quade
Technologiewerk Quade

Tel.: 0551 - 28 29 76 98
E-Mail: dsb-mquade@technologiewerk-qua.de

Zweckbestimmung der Verarbeitung und deren Rechtsgrundlage

Wir verarbeiten Ihre Daten einzelfallbezogen zu folgenden Zwecken: Anbahnung, Vorbereitung, Durchführung und Beendigung eines Mandatsverhältnisses mit Ihnen; Erbringung von Rechtsdienstleistungen im Sinne der Berufsordnung für Rechtsanwälte (BORA), der Bundesrechtsanwaltsordnung (BRAO) sowie der Dienstordnung für Notarinnen und Notare (DONot) insbesondere zur der Rechtsdurchsetzung für den Mandanten und zur Rechtsberatung gegenüber Mandanten sowie zur Durchführung beauftragter Beurkundungen; Abwicklung des Zahlungsverkehrs, insbesondere Auskehr von Fremdgeld gegenüber dem Mandanten; Rechtsanwaltliche Berufsausübung im Sinne des Art. 12 GG in der Funktion als unabhängiges Organ der Rechtspflege; Identitätsfeststellung; Interessenkonfliktprüfung; Schaffung von Vollstreckungstiteln gegenüber Dritten im gerichtlichen Mahn- oder Erkenntnisverfahren; Erfüllung eigener gesetzlicher und vertraglicher Informations-, Mitteilungs-, Auskunfts-, Aufbewahrungs-, und sonstiger Pflichten; Mahnung und Zahlungsaufforderung; Abwehr von Haftungsansprüchen; Durchsetzung eigener Vertragserfüllungsansprüchen; Außergerichtliche und gerichtliche Forderungsbeitreibung für den Fall der Nichtzahlung durch den Mandanten (auch über Dritte); Führen einer Kundenkartei. Die Verarbeitung erfolgt ebenfalls bei Durchführung folgender Tätigkeiten: Geschäftskorrespondenz, Terminplanung, Finanzbuchhaltung sowie bei der Abwicklung des elektronischen und nichtelektronischen Zahlungsverkehrs.

Rechtsgrundlagen der Verarbeitung sind Art. 6 Abs. 1 lit. a, b, c und f DSGVO, § 50 BRAO, §§ 8 ff. BeurkG, §§ 8 ff. DONot sowie ggf. weitere für den entsprechenden Verarbeitungszweck spezifische Gesetze, Verordnungen oder Richtlinien.

Einzelne Rechtsgrundlagen möchten wir Ihnen im Folgenden kurz erläutern und anhand von Beispielen erklären:

Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO - Verarbeitung aufgrund einer Einwilligung
Wir verarbeiten Ihre Daten aufgrund einer von Ihnen erteilten Einwilligung. Die Zweckbestimmung der Verarbeitung ist klar auf der Einwilligung benannt. Hierzu zählt unter anderem die Einwilligung zur Entbindung von der anwaltlichen Verschwiegenheit.

Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO - Verarbeitung zur Erfüllung vertraglicher Pflichten
Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist für die Erfüllung unserer vertraglichen Pflichten notwendig. Auch für die Anbahnung eines Mandates oder die Erfüllung vorvertraglicher Pflichten dürfen wir Ihre Daten verarbeiten. Art und Umfang der Verarbeitung richten sich maßgeblich nach den beauftragten Leistungen. Beispielsweise dürfen wir im Rahmen eines beauftragten Mandates Ihre personenbezogenen Daten im notwendigen Umfang verarbeite.

Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO - Verarbeitung zur Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen
Beispielsweise sind wir aufgrund § 50 BRAO verpflichtet, Handakten mit personenbezogenen Daten zu führen.

Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO - Verarbeitung aufgrund einer Interessenabwägung
Wir sind berechtigt, Ihre Daten zur Wahrung eines berechtigten Interesses unsererseits oder seitens eines Dritten zu verarbeiten. Darunter fällt beispielsweise die Durchsetzung des Hausrechts sowie die Sicherung der Funktionsfähigkeit unserer Informationstechnischen Anlagen.

Verarbeitete Daten und Datenkategorien

Je nach konkretem Verarbeitungszweck werden unterschiedliche Daten und Datenkategorien verarbeitet. Dies sind insbesondere: Anrede; Name; Vorname; Geburtstag; Geschlecht; ggf. Firmenanschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort); Telefonnummern; E-Mail-Adressen; Informationen, die für die Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte im Rahmen des Mandats notwendig sind; Informationen zur Durchführung und Verbesserung der Geschäftsbeziehung, sowie weitere Daten, die für die Durchführung üblicher Geschäfts-, Anwalts- und Notartätigkeiten notwendig sind.

Empfänger oder Kategorien von Empfängern, denen die personenbezogenen Daten offengelegt sind oder werden

Ihre personenbezogenen Daten werden sowohl unseren eigenen Mitarbeitern als auch zur Erfüllung unserer vertraglichen und gesetzlichen Verpflichtungen einzelnen externen Empfängern offengelegt. Auch hier gilt für beide Gruppen, dass sich der Empfängerkreis individuell nach dem Verarbeitungszweck sowie den beauftragten Leistungen richtet.

Interne Empfänger
Mitarbeiter (je nach Kompetenzbereich), die mit der Verarbeitungstätigkeit bzgl. der Erfüllung der Verpflichtung aus dem Vertragsverhältnis beauftragt sind, Mitarbeiter der IT-Abteilung/Administratoren, Partner/Gesellschafter.

Externe Empfänger

Gerichte, Staatsanwaltschaften, Ämter/Behörden, Verfahrensgegner und deren Vertreter, Schuldner, Gläubiger, Prozessbeteiligte, Streitverkündete, Finanzbehörden, Geldinstitute, Versicherungsunternehmen, Fördereinrichtungen, Inkassounternehmen, Steuerberater, Anwalts- und Notarkanzleien, Zoll, Datenschutzbeauftragter. Die Pflicht des Anwalts auf Verschwiegenheit bleibt unberührt. Soweit es sich um Daten handelt, die dem Anwaltsgeheimnis unterliegen, erfolgt eine Weitergabe an Dritte nur in Absprache mit Ihnen.

Im Rahmen der Notartätigkeit können externe Empfänger unter anderem auch Registergerichte (Grundbuchamt, Handelsregister, Vereinsregister), das Zentrale Testamentsregister oder das Zentrale Vorsorgeregister sein. Des Weiteren geben wir Ihre Daten im notwendigen Umfang an die anderen Verfahrensbeteiligten bzw. deren anwaltlichen Vertreter, an andere beteiligte Notare und an Dritte weiter, die an dem von Ihnen gewollten Rechtserfolg mitwirken müssen. Dies sind z. B. Verwalter einer Gemeinschaft von Wohnungseigentümern.

Empfänger in Drittländern

Eine Übermittlung Ihrer Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation findet regelmäßig nicht statt. Es sei denn, ein Verfahrensbeteiligter will oder muss von uns gefertigte Dokumente oder Urkunden in einem Drittland gebrauchen und wünscht eine Übermittlung daher ausdrücklich. Auch können hierfür ggf. E-Mail-Adressen eines Dienstleisters in einem Drittland zu Einsatz kommen.

Zusätzliche Informationen zu fairer und transparenter Verarbeitung

Um Ihnen die Möglichkeit zu geben, selbst einzuschätzen, ob unsere Verarbeitung den Grundsätzen der fairen und transparenten Verarbeitung personenbezogener Daten entspricht, informieren wir Sie im Folgenden über einige weitere relevante Verarbeitungsgrundsätze.

Dauer der Speicherung

Wir verarbeiten und speichern Ihre personenbezogenen Daten, solange es für die Erfüllung unserer vertraglichen und gesetzlichen Pflichten erforderlich ist oder ein berechtigtes Interesse besteht. Elektronische Unterlagen und Handakten werden für sechs bis zehn Jahre nach Beendigung des Mandats aufbewahrt.

Sind die Daten für die Erfüllung vertraglicher oder gesetzlicher Pflichten nicht mehr erforderlich oder das berechtigte Interesse nicht mehr bestehen, werden diese regelmäßig gelöscht oder vernichtet, es sei denn, deren befristete Weiterverarbeitung ist zu folgenden Zwecken erforderlich:

Erfüllung rechtlicher Aufbewahrungspflichten:

Insbesondere festgelegt in § 50 BRAO, § 5 Abs. 4 DONot, im Handelsgesetzbuch (§ 238, § 257, § 261 HGB), der Abgabenordnung (§§ 140 ff. AO). Die dort vorgegebenen Fristen zur Aufbewahrung bzw. Dokumentation betragen je nach Dokument fünf bis 100 Jahre, in einigen Fällen auch dauerhaft.

Erhaltung von Beweismitteln im Rahmen der gesetzlichen Verjährungsvorschriften:

Nach den §§ 195ff. BGB können diese Verjährungsfristen bis zu 30 Jahre betragen, wobei die regelmäßige Verjährungsfrist drei Jahre beträgt. Dies gilt insbesondere für Urteile und Titel im Original, welche in der Regel an den Mandanten herausgegeben werden und ansonsten 30 Jahre aufbewahrt werden.

Die Aufbewahrungsfrist läuft nicht ab, solange die Unterlagen für Steuern von Bedeutung sind, deren Festsetzungsfrist noch nicht abgelaufen ist (Ablaufhemmung).

Information über Ihre bestehenden Rechte

Sie haben das Recht auf

Widerruf (Art. 7 Abs. 3 DSGVO)

Sie können jederzeit eine uns gegenüber erteilte Einwilligung in die Verarbeitung personenbezogener Daten widerrufen. Dies gilt auch für den Widerruf von Einwilligungserklärungen, die vor der Geltung der DSGVO, also vor dem 25. Mai 2018, der Verantwortlichen Stelle gegenüber erteilt worden sind. Bitte beachten Sie, dass der Widerruf erst für die Zukunft wirkt. Verarbeitungen, die vor dem Widerruf erfolgt sind, sind davon nicht betroffen. Ihr Widerruf hat zur Folge, dass wir die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortführen dürfen.

Auskunftsanspruch (Art. 15 DSGVO)

Sie haben das Recht, von uns eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob Sie betreffende personenbezogene Daten durch uns verarbeitet werden. Ist dies der Fall, so haben Sie ein Recht auf Auskunft über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DSGVO im einzelnen aufgeführten Informationen.

Insbesondere können Sie Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorie der personenbezogenen Daten, die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen Ihre Daten offengelegt wurden oder werden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch, das Bestehen eines Beschwerderechts, die Herkunft Ihrer Daten, sofern diese nicht bei uns erhoben wurden, sowie über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling und ggf. aussagekräftigen Informationen zu deren Einzelheiten verlangen.

Weiterhin haben Sie das Recht, eine Kopie der personenbezogenen Daten, die Gegenstand der Verarbeitung sind, zu erhalten.

Berichtigung (Art. 16 DSGVO)

Sie haben das Recht, von uns unverzüglich die Berichtigung Sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen.

Löschung (Art. 17 Abs. 1 DSGVO)

Sie haben das Recht, von uns zu verlangen, dass Sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DSGVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft. z. B., wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden. Die Löschung ist nicht statthaft, falls die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist.

Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO)

Sie haben das Recht, von uns die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DSGVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z. B. wenn Sie

Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen.

Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO)

Sie haben das Recht, sich Daten, die Sie uns bereitgestellt haben und die wir auf Grundlage Ihrer Einwilligung oder in Erfüllung eines Vertrags automatisiert verarbeiten, an Sie oder an einen Dritten in einem gängigen, maschinenlesbaren Format aushändigen zu lassen. Sofern Sie die direkte Übertragung der Daten an einen anderen Verantwortlichen verlangen, erfolgt dies nur, soweit es technisch mit angemessenem Aufwand umsetzbar ist.

Widerspruch (Art. 21 DSGVO)

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten, deren Verarbeitung auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. e oder f erfolgt, Widerspruch einzulegen. Wir verarbeiten die personenbezogenen Daten dann nicht mehr, es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde (Art. 77 DSGVO)

Sie haben unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, wenn Sie der Ansicht sind, dass die durch uns durchgeführte Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt. Sie können dieses Recht bei einer Aufsichtsbehörde in dem Mitgliedstaat Ihres Aufenthaltsorts, Ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes geltend machen.

In Niedersachsen ist die zuständige Aufsichtsbehörde:

Die Landesbeauftragte für den Datenschutz Niedersachsen
Prinzenstraße 5
30159 Hannover
Tel.: +49 511 120-4500
Fax: +49 511 120-4599
E-Mail: poststelle@lfd.niedersachsen.de

Verwendete Datenquellen

Hauptsächlich verarbeiten wir Daten, die wir im Rahmen unseres Mandatsverhältnisses von Ihnen erhalten. Das bedeutet, sie werden nach DSGVO-Definition *beim Betroffenen erhoben.* Weiterhin verarbeiten wir Daten einzelfallbezogen aus anderen Quellen. Dies sind insbesondere zielgerichtete Abfragen bei öffentlich zugänglichen Quellen (z. B. Abfrage beim Bundesanzeiger Verlag oder Recherchen auf öffentlichen Internetseiten) oder bei nicht öffentlichen Quellen (z. B. Grundbuchamt, Handelsregister, Vereinsregister), Finanzverwaltung, Finanzgericht oder sonstiges Gericht, Behörden, Geldinstitute, Wirtschaftsprüfer oder Steuerberater).

Notwendigkeit der Datenbereitstellung

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt auf Ihre Anfrage hin und ist für die Erfüllung der uns erteilten Aufträge/Mandate gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO und der damit einhergehenden, zuvor genannten, Verarbeitungen notwendig. Daher müssen Sie im Rahmen unserer Geschäftsbeziehung diejenigen personenbezogenen Daten bereitstellen, die für die Anbahnung, Aufnahme und Durchführung einer Geschäftsbeziehung und der Erfüllung der damit verbundenen vertraglichen Pflichten, erforderlich sind oder zu deren Erhebung wir gesetzlich verpflichtet sind. Ohne diese Daten werden wir in der Regel nicht in der Lage sein, den Vertrag mit Ihnen zu schließen oder diesen auszuführen.

Insbesondere sind wir nach den geldwäscherechtlichen Vorschriften verpflichtet, Sie vor der Begründung der Geschäftsbeziehung anhand Ihres Ausweisdokumentes zu identifizieren und dabei Namen, Geburtsort, Geburtsdatum, Staatsangehörigkeit sowie Anschrift zu erheben und zu verarbeiten.

Soweit es in Ansehung des im Einzelfall bestehenden Risikos der Geldwäsche oder der Terrorismusfinanzierung angemessen ist, sind wir berechtigt und verpflichtet, weitere Identifizierungsmerkmale zu erheben und zu verarbeiten.

Damit wir dieser gesetzlichen Verpflichtung nachkommen können, haben Sie uns nach dem Geldwäschegesetz die notwendigen Informationen und Unterlagen zur Verfügung zu stellen und sich im Laufe der Geschäftsbeziehung ergebende Änderungen unverzüglich anzuzeigen. Sollten Sie uns die notwendigen Informationen und Unterlagen nicht zur Verfügung stellen, dürfen wir die von Ihnen gewünschte Geschäftsbeziehung nicht aufnehmen oder fortsetzen.

Für Verarbeitungsprozesse, bei denen wir keine Verpflichtung zur Datenverarbeitung haben oder keine Notwendigkeit einer Datenverarbeitung besteht, werden wir auch keine Daten von Ihnen abfragen und verarbeiten.

Automatisierte Entscheidungsfindung und Profiling

Wir setzen keine Verfahren für die automatische Entscheidungsfindung (Rating, Scoring oder ähnliches) oder zum Profiling ein.

KLEINJOHANN
Rechtsanwälte · Fachanwälte · Notare